

Bad Vilbel, 18.6.2023

Antrag: Kommunalen Wärmeplan für Bad Vilbel

Sehr geehrter Herr Junker,

für die nächste Stadtverordnetenversammlung am 11.07.2023 bitten wir Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen sowie vorab im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zu beraten:

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den relevanten Fachämtern sowie den notwendigen Akteuren der kommunalen Eigenbetriebe, darunter die Stadtwerke Bad Vilbel, eine kommunale Wärmeplanung zu erarbeiten. Der Kommunale Wärmeplan hat die Umsetzung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Wärmeversorgung zum Ziel und soll dabei insbesondere den Ausbau der Nah- und Fernwärme in Bad Vilbel aufgreifen. Darüber hinaus soll die kommunale Wärmeplanung auch folgende Aspekte berücksichtigen:
 - Energieeffizienzsteigerung und Sanierungspotenziale im Gebäudebestand
 - Schrittweise Reduzierung und nachfolgend vollständiger Verzicht auf fossile Brennstoffe mittels steigendem Einsatz erneuerbarer Energien und grüner Gase.
 - Intelligente Kombination von energetischer Sanierung und Infrastrukturlösungen
 - Sicherung der vorhandenen Gasverteilnetzinfrastruktur und Prüfung der Umnutzungsoptionen für grüne Gase
 - Einbindung der Bürger*innen, Unternehmen und weiteren Akteuren in den Transformationsprozess durch Information, Beteiligung und Kooperation
2. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit eine Förderung der Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung für die Stadt Bad Vilbel in Frage kommt.
3. Der Magistrat wird beauftragt, alle sechs Monate über den Fortschritt im Planungs-, Bau und Umweltausschuss zu berichten. Dabei soll den Mitgliedern des Ausschusses auch dargestellt werden welche Kosten nach jeweiligen Stand der Planung für die Umsetzung zu erwarten sind.
4. Der Magistrat soll dabei nach einem Stufenkonzept vorgehen, dass mit einer Erhebung und Analyse der Ist-Situation sowie der lokalen Potentiale beginnt, auf dieser Grundlage ein Versorgungskonzept entwickelt und darauf aufsetzend die Umsetzungsschritte definiert und angeht. Dabei sollen ausdrücklich zum jetzigen Zeitpunkt keine Technologieoptionen die geeignet sind, CO2 Neutralität zu erreichen, ausgeschlossen werden. Geeignete Optionen wären somit beispielsweise

Wärmepumpen, Nah- und Fernwärme, Geothermie, Solarthermie, Biomasse, nicht vermeidbare Abwärme, und auf grünem Wasserstoff basierte Strom- und Wärmeerzeugung und Stromspeicherung.

5. Der Magistrat wird beauftragt, nach der Erhebung und Analyse der Ist-Situation die Ergebnisse öffentlich vorzustellen und eine breite Beteiligung der Bürger*innen und weitere lokaler Akteure sicherzustellen. Das Feedback aus der Beteiligungsphase ist bei der Erstellung des Versorgungskonzeptes zu berücksichtigen.
6. Der Magistrat wird beauftragt, nach der Entwicklung des Versorgungskonzeptes dieses öffentlich vorzustellen und der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Beschlussfassung der Umsetzung vorzulegen.
7. Die kommunale Wärmeplanung soll als Leitfaden für die zukünftige städtebauliche Entwicklung dienen und als Grundlage für die koordinierte Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung, Nachbarkommunen, kommunale Unternehmen, lokalem Handwerk, Wirtschaft und weiteren relevanten Akteuren dienen. Dabei ist eine enge Verknüpfung mit der Bauleitplanung und der Wirtschaftsförderung anzustreben.

Begründung:

Die Einführung einer kommunalen Wärmeplanung ist von entscheidender Bedeutung, um den Herausforderungen der Wärmewende zu begegnen. Hierfür bedarf es eines Planungsinstrumentes der Kommune zur längerfristigen Gestaltung der Transformation in der Wärmeversorgung. Angesichts dessen ist es unerlässlich, effiziente Lösungen zu entwickeln, die den Einsatz erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz fördern sowie die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen beseitigen. Derzeit entfallen rund 30 Prozent des Endenergieverbrauchs auf Heizung, Beleuchtung und Warmwasserversorgung des Gebäudebestandes. Um diesen Anteil drastisch zu reduzieren, bedarf es eines tiefgreifenden Strukturwandels entlang der gesamten Wärminfrastruktur. Durch eine kommunale Wärmeplanung können wir den Übergang zu einer nachhaltigen Wärmeversorgung gezielt steuern und dabei eine intelligente Kombination verschiedener Technologien, wie Wärmepumpen, Nah- und Fernwärme, Nutzung unvermeidbarer Abwärme, Geothermie, Solarthermie, Biomasse und grünem Wasserstoff, in Betracht ziehen. Die kommunale Wärmeplanung bietet die Möglichkeit, den vorhandenen Gebäudebestand energetisch zu sanieren, Infrastrukturlösungen zu implementieren und Bürger*innen sowie weitere lokale Akteure wie Unternehmen und Handwerker einzubeziehen. Dabei kommt der Stadtverwaltung eine wichtige koordinierende Rolle zu, um die Wärmeplanung mit der Bauleitplanung und der Wirtschaftsförderung in Einklang zu bringen. Es ist von großer Bedeutung, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Technologieoptionen voreilig ausgeschlossen werden. Eine sorgfältige Analyse der lokalen Potenziale und Gegebenheiten ist erforderlich, um die bestmöglichen Lösungen zu identifizieren und umzusetzen.

Eine kommunale Wärmeplanung ist ein wirksames Instrument, um die lokale Wärmeversorgung zukunftsfähig zu gestalten und die Wärmewende voranzutreiben. Die zu erstellende Wärmeplanung soll als grundlegendes Steuerungsinstrument dienen, um eine zukunftsorientierte formelle Bauleitplanung und städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen. Ziel ist es, die Wärmewende voranzutreiben und die Umsetzung von Maßnahmen zur nachhaltigen Wärmeversorgung in unserer Stadt zu fördern.

Eine frühzeitige Initiierung der kommunalen Wärmeplanung in Bad Vilbel ermöglicht es, Planungssicherheit zu gewährleisten. Durch die Schaffung der Voraussetzungen für einen kommunalen Wärmeplan legt die Stadt den Grundstein einer effektiven Umsetzung zukünftiger Maßnahmen im Bereich der Wärmewende. Dies eröffnet zudem die Möglichkeit, unter Umständen Förderprogramme in Anspruch zu nehmen, die einen erheblichen Teil der Finanzierung abdecken. Durch eine zeitnahe Umsetzung kann Bad Vilbel die Chance nutzen, von diesen Fördermaßnahmen zu profitieren und somit die Kostenbelastung für die Stadt und

ihre Bürgerinnen und Bürger frühzeitig darstellen und nach Möglichkeit zu reduzieren. Bad Vilbel kann so eine Vorreiterrolle einnehmen, die für die Bürgerinnen und Bürger, vor dem Hintergrund künftiger Einschränkungen bei den Öl- und Gasheizungen, von wesentlicher Bedeutung ist.

Wir bitten daher die Stadtverordnetenversammlung, diesem Antrag zuzustimmen und den Magistrat mit der Erarbeitung einer kommunalen Wärmeplanung zu beauftragen.

Mit freundlichen Grüßen
im Namen der Fraktionen

Kathrin Anders & Tobias Grabo

Julia Russmann